



### Deutschland weiter nach vorn bringen

Die 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages nähert sich in schnellen Schritten ihrem Ende. Über vier Jahre haben CDU/CSU und die von Angela Merkel geführte Bundesregierung wieder politische Verantwortung für unser Land getragen. Das war nicht immer leicht. Gerade die zurückliegenden Monate mit der größten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik haben schwierige politische Entscheidungen abverlangt, die in dieser Extremsituation jedoch unausweichlich und richtig waren. Trotz des beispiellosen konjunkturellen Absturzes waren es vier gute Jahre, die Deutschland in vielen Bereichen nach vorne gebracht haben – vom rot-grünen Schlusslicht zum attraktivsten Wirtschaftsstandort in Europa. Gerade der Mittelstand ist wettbewerbsfähiger als zuvor und gut gerüstet für diese schwierige Zeit.

Der Alltag in der großen Koalition war beileibe nicht einfach, die politischen Schnittmengen mit dem Koalitionspartner gerade in der Wirtschaftspolitik oftmals klein, die Suche nach tragfähigen Kompromissen mühsam. Dennoch konnte der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) für die Leistungsträger unserer Gesellschaft viel erreichen – ob bei der Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform, der Senkung der Lohnzusatzkosten, dem erfolgreichen neuen Ansatz zum Bürokratieabbau oder ersten Schritten gegen die kalte Progression. Und mit der 2006 ins Leben gerufenen „Mittelstandsinitiative“ werden erstmals alle Maßnahmen der Regierung gebündelt sowie durch das Wirtschaftsministerium effektiv koordiniert. Die Bilanz kann sich sehen lassen.

Die Gemeinsamkeiten mit der SPD sind nun allerdings restlos erschöpft. Vor allem nachdem sich die Sozialdemokraten endgültig von der Mitte verabschiedet haben. Sie wollen erfolgreiche Reformen zurückdrehen. Es drohen platte Umverteilung, unbezahlbare Sozialversprechen und der Marsch in die Staatswirtschaft. Eine solche Politik würde Deutschland und seine Leistungsträger auf Abstellgleis schicken. Wir brauchen stattdessen eine klare bürgerliche Mehrheit, die unser Land in eine starke Zukunft führt.

### Den Aufschwung wählen



Dr. Michael Fuchs  
PKM-Vorsitzender

Deutschland steht mit der Bundestagswahl am 27. September vor einer Richtungsentscheidung über die Zukunft unseres Landes. Es geht um die Frage, ob wir auch im kommenden Jahrzehnt in Wohlstand, Sicherheit und Stabilität leben können. Es geht darum, ob wir eine Politik für die Mitte unserer Gesellschaft machen, oder ob diese Mitte von den Linken im Stich gelassen wird. Die Union hat die Kraft, Deutschland wieder nach vorne zu bringen, weil wir auf die richtigen Rezepte setzen – allen voran auf die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards. In ihrem Sinne wollen wir die Weichen stellen für Wachstum und Beschäftigung, für Freiheit und Verantwortung, für Entlastungen der Bürger und Betriebe, für Investitionen in die Zukunft und für eine solide Haushaltspolitik. All das hilft uns nicht nur, diese Krise zu überstehen, sondern stärker aus ihr herauszukommen. Wählen Sie deshalb am 27.9. den Aufschwung.

### Stark in die Zukunft

Wie der Staat dem Mittelstand hilft - von Karl-Theodor zu Guttenberg

### Mittelstandspolitik: Erfolgreiche Bilanz

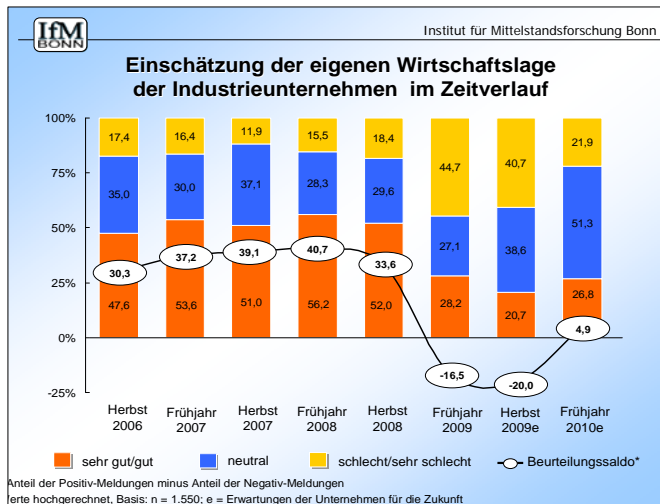
Mit konsequenten Reformen den Herausforderungen begegnen

### Standort Deutschland

Die Bundesrepublik gilt weltweit als attraktiv und als Krisengewinner



## BDI-Mittelstandspanel: Aktuelle Einblicke in die Lage der Industrieunternehmen



In Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise sind gesicherte und aktuelle Informationen über den Zustand der Unternehmen sowie ihr Fortkommen bei der Bewältigung des Abschwungs unverzichtbar. Die nunmehr neunte Befragungswelle des BDI-Mittelstandspanels, an der sich im Frühjahr 2009 über 1.550 Unternehmen beteiligten, liefert aktuelle Informationen über die für den industriellen Mittelstand relevanten betriebswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen.

### Tadel für die allgemeinen Rahmenbedingungen, Lob für das Krisenmanagement

Keine guten Noten vergeben die mittelständischen Industrieunternehmen für die allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen – 55 Prozent geben ein negatives Votum ab. Die Krisenarbeit der Bundesregierung zur Stabilisierung von Real- und Finanzwirtschaft und zur Förderung des privaten Konsums wird von den Industrieunternehmen jedoch vergleichsweise positiv beurteilt – lediglich ein Viertel äußert sich hier kritisch. Konkret befragt nach den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die den Industrieunternehmen am besten durch die Krise helfen, stehen eine Reform der Unternehmen- und Einkommensteuer sowie Vereinfachungen bei der Versorgung mit Krediten und Bürgschaften ganz oben auf der Liste.

### Wirtschaftslage: Einschnitte im laufenden Jahr, Hoffnung für 2010

Bei der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage übersteigen die Negativ-Meldungen erstmals seit Beginn der Erhebung vor vier Jahren die Positiv-Meldungen: Der Beurteilungssaldo liegt sowohl für das Frühjahr (-16,5) als auch für den Herbst 2009 (-20,0) deutlich im negativen Bereich (siehe Abbildung). Dies erscheint vor dem Hintergrund der weltweit sinkenden Nachfrage wenig verwunderlich. Für das laufende Jahr 2009 erwarten gut 62 Prozent bzw. 55 Prozent der Unternehmen einen Rückgang der Umsätze im In- bzw. Ausland. Erst für den Jahresauftakt 2010 zeigen sich die Unternehmen wieder verhalten optimistisch: Der Saldo der Erwartungen an die eigene Wirtschaftslage liegt bei positiven 4,9 Punkten. Zeigen sich die leicht positiveren Aussichten auch über alle Größenklassen hinweg, so hellt sich die Stimmung insbesondere bei der von den weltweiten Nachfrageeinbrüchen stark betroffenen Großindustrie im Investitionsgüterbereich auf. Der Exportmotor könnte also im Laufe des kommenden Jahres wieder in Gang kommen.

### Finanzierungsprobleme nehmen zu, Liquiditätssicherung ist oberstes Gebot

Häufig wurde seit Beginn der Finanzkrise die Gefahr einer gravierenden Kreditklemme gesehen. Auch in diesem Punkt bringen die Umfrageergebnisse neue Einsichten. So haben die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise derzeit noch nicht zu einer flächendeckenden Kreditklemme geführt: Über die Hälfte der Unternehmen (54 Prozent) berichtet über unveränderte Finanzierungsbedingungen. Dies liegt u.a. darin begründet, dass aktuell gut sechs von zehn Unternehmen Investitionen verschieben und der Bedarf an langfristigen Finanzmitteln somit zurück gegangen ist. Dennoch berichten 40 Prozent der Unternehmen über negative Auswirkungen auf ihre Finanzierungssituation. Weit verbreitet sind eine ablehnende Haltung der Banken und Sparkassen bei der Vergabe von neuen Kreditlinien und Investitionskrediten. Zudem werden höhere Risikoaufschläge sowie strengere Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen bemängelt. Die Kreditversorgung wird zunehmend schwieriger werden, wenn mit dem Anspringen der Konjunktur auch der Finanzierungsbedarf wieder ansteigt. Umso wichtiger ist es daher für die Unternehmen, alle innerbetrieblichen Liquiditätspotenziale zu erschließen.

**IfM BONN** Institut für Mittelstandsforschung Bonn  
 Autorin: Marina Hoffmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin  
<http://www.ifm-bonn.org/>